

Der „Briefetal-Bote“ erscheint Dienstags, Donnerstags und Samstags. Der Bezugspreis beträgt für das Dienstjahr 4 Mark, monatlich 1/3 Pfennig. Die einzelne Nummer kostet 1/3 Pfennig. Nach auswärts Postzuschlag.

Briefetal-Bote

Anzeigen werden in der Geschäftsstelle Birkenwerder, Bahnhof-Allee 8 und von allen Anzeigen-Expeditoren angenommen. Die schlagzeilige Platzierung kostet 1/3 Pfennig, die Restamezeile 1/2 Pfennig.

Amtsbezirks-Arztzeiger und Zeitung

für Birkenwerder, Hohen Neuendorf, Borgsdorf, Briese, Lehnitz, Stolpe



für ehem. Hoffjagdrevier, Bergfelde, den Amtsbezirk Schönfließ und Umgegend

Sprechsprecher: Amt Birkenwerder Nr. 5
Alleinig amtliches Publikationsorgan mit rechtsverbindlicher Publikationskraft für den Amtsbezirk Birkenwerder.
Anzeigenpreis für die neuangelegte Kleinzeile oder deren Raum 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Reklamezeile 80 Pfennig. Berechnung in Goldmark zum amtlichen Dollarkurs.

Nr. 90. Postfach-Konto: Berlin 62 448 Donnerstag, den 10. Juli 1924 Postfach-Konto Berlin 69 448 23. Jahrg.

Der Amtsvorsteher Birkenwerder.

Der Verkauf unter dem Viehhofstande des Lokomotivführers Amt in Borgsdorf, Siedlung 2 ist erloschen. Die Geschäftssperre ist aufgehoben.

Der Gemeindevorsteher Schönfließ.

Am Sonntag, den 13. Juli d. J., nachm. 4 Uhr werden die Kirchen am Sammler Wege öffentlich meistbietend gegen gleich bare Bezahlung verpachtet. Sammelplatz im Lokale von Schirmer.

Der Gemeindevorsteher Lemcke.

Hohen Neuendorf. Der Gemeindevorsteher macht bekannt:

Die bis zum 15. d. Mts. zu zahlende Hauszinssteuer beträgt vom 1. Juli d. J. ab 500 Prozent der staatlichen Steuer vom Grundvermögen.

Was gibt es Neues?

- Der deutsche Botschafter von Hoeft hat Herriot in einer Unterredung den Standpunkt der deutschen Regierung hinsichtlich der Ausführung des Sachverständigenberichts dargelegt.
- Im Stettiner Graff-Prozess wurden die Angeklagten Raws und Engeler zum Tode verurteilt, Schwirrat freigesprochen.
- In Braunschweig starb der frühere sozialdemokratische Abgeordnete Antrieb, der im Dezember 1902 durch eine schändliche Pauererde im Reichstag viel von sich reden machte.
- In Paris und Brüssel wird erklärt, daß die Gerichte, wonach die auf den 16. Juli in London festgesetzte Konferenz nach Brüssel verlegt werden soll, aus der Luft gegriffen sind.
- Macdonald traf am Dienstag in Paris ein und hatte noch am gleichen Tage eine Besprechung mit Herriot.
- Die Eröffnungssitzung des Anhaltischen Landtages beendete der Vertrag, da man sich über die Regierungsübernahme nicht einigen konnte.
- Der Kommunist Ernst Toller wurde nach Verbüßung seiner Strafe aus der Festung Niederschönenfeld entlassen.

Macdonald in Paris.

Auf Einladung Herriots.

Ramsay Macdonald fuhr Dienstag früh um 9 Uhr, begleitet von dem händigen Unterstaatssekretär am Foreign Office, Sir Crewe, dem Obersten Waterhouse, seinem Kabinetschef, sowie seinem Privatsekretär, von London über Boulogne nach Paris ab, wo er gegen 4 Uhr eintraf.

Die Mitteilung im Unterhause.

Am Montag nachmittag hatte Macdonald dem Unterhause von seiner bevorstehenden Reise Mitteilung gemacht. Bei dieser Gelegenheit sagte der Premierminister, er werde alles tun, was von ihm abhängt, um zu verhindern, daß abgelegene Menschen die Möglichkeit einer französisch-englischen Verständigung zu nichte machen. Er fügte hinzu, er weigere sich, eine so schreckliche Eventualität ins Auge zu fassen. Zum Schluß sagte Macdonald, er werde am Donnerstag im Unterhause über das Ergebnis seiner Pariser Besprechungen genauere Angaben machen.

Macdonald soll abhitten.

Die Reise Macdonalds, die von der Pariser Presse mit großer Ueberraschung aufgenommen worden war, entpuppt sich übrigens keineswegs einer plötzlichen Eingebung des englischen Ministerpräsidenten, sondern vielmehr einer Anregung Herriots. In Paris sieht man in dieser Reise natürlich einen großen Erfolg der französischen Politik. So schreibt der „Petit Parisien“:

„Wenn der englische Premierminister trotz der Etüngen des Unterhauses zu einem Augenblicke, wo seine Anwesenheit in Westminster infolge der politischen Lage geradezu unerlässlich ist, sich entschlossen hat, nach Paris zu reisen, so liegt es auf der Hand, daß er den lebhaftesten Wunsch hat, unverzüglich den vergangenen Wege aufgetauchten Mißverständnissen ein Ende zu machen und zwischen den beiden Regierungen die herliche Atmosphäre wieder herzustellen, die zur Führung der kommenden Besprechungen unentbehrlich erscheint.“

Die erste Begegnung.

Ueber die erste Zusammenkunft zwischen Macdonald und Herriot verläutet, daß der englische Premierminister bei dieser Gelegenheit in das zum größten Teil endgültig ausgearbeitete französische Memorandum Einsicht nahm. Dieses Memorandum bezieht sich auf das Mindestprogramm Frankreichs zur Londoner Konferenz. Es sollte bereits am Dienstag an die französischen Botschafter zur Weitergabe an die verbündeten Mächte verhandelt werden; wird aber jetzt erst nach Rückkehr Ramsay Macdonalds nach London Paris verfahren.

Erste Besprechungen.

Der englische Premierminister Ramsay Macdonald traf Dienstag mittags auf seiner Reise in Boulogne ein. Macdonald wartete auf Herriot im Empfangsalon. Als die beiden Ministerpräsidenten den Bahnhof verließen, erscholl von allen Seiten der Ruf: „Es lebe der Frieden.“ Die begrüßte Menge durchbrach die polizeiliche Absperrungslinie und umdrängte das Automobil, das sich nur langsam vorwärts bewegen konnte, während Macdonald und Herriot lächelnd versagte. Macdonald und Herriot trafen sofort zum Quai d'Oran, wo die Aussprache al-bald begann. Am späten Abend wurde folgendes amtliche Communiqué ausgegeben: „Premierminister Macdonald und Ministerpräsident Herriot haben in Paris ihre Besprechungen an dem Punkt wieder aufgenommen, an dem sie die Unterhaltung in Chiquers verlassen hatten. Die Besprechungen werden am Mittwoch fortgesetzt werden.“ Ueber den Inhalt der Unterhaltung wird vorläufig Stillschweigen beobachtet.

Herriots Ultimatum an Deutschland.

Ueber den Inhalt des französischen Memorandums will „Chicago Tribune“ folgendes erfahren haben: Die französische Note hält an dem in dem Versailler Vertrag festgelegten Rechte Frankreichs fest. Herriot zeigt aber in einer Reihe von Punkten seinen Verständigungswillen, ohne indessen von der Form des Versailler Vertrages abzugeben.

Ein hervorhebender Zug der französischen Note, der ohne Zweifel in Deutschland einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen wird, ist die bekannte Weigerung Herriots, die Deutschen zu der Londoner Konferenz zuzulassen, so lange sie nicht die zur Ausführung des Sachverständigenberichts erforderlichen Gesetze angenommen haben. Dieses Ultimatum ist in der entscheidendsten Form gehalten, und der Reichstag wird gezwungen sein, ja oder nein zu sagen, denn die Franzosen werden die Londoner Konferenz verlassen, falls England den Versuch machen sollte, die Deutschen vor der Annahme der durch den Dawesbericht bedingten Gesetze einzuladen.

Die R. A. als Sanktionsbehörde.

Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ schreibt: Der letzte Vorschlag der diplomatischen Kreise, der hinsichtlich der Körperschaft gemacht wurde, die mit der Feststellung der deutschen Verfehlungen beauftragt werden soll, ist der folgende: „Die Mitglieder der Reparationskommission würden als unabhängige Sachverständige unter dem Vorsitz eines amerikanischen Sachverständigen zusammenreten und diese Körperschaft bilden, die nicht nur darüber zu bestimmen hat, ob das Reich sich Verfehlungen zuschulden kommen ließ, sondern die auch die Ergreifung der geeigneten Maßnahmen in die Hand nehmen würde.“

Hymans als Frühstückredner.

Er will die Regiebahnen behalten.

Der belgische Minister des Auswärtigen Hymans hat auf dem Frühstück der Bereinigung der Ausländischen Presse eine Rede gehalten, in der er die Reparationsfrage, die Frage der Ammendung des Sachverständigenplanes, die Frage der interalliierten Schulden und die Sicherheitsfrage berührte.

Ueber den Sachverständigenplan und die bevorstehende Londoner Konferenz sagte er etwa: man müsse in London eine Form der Kontrolle finden, die ebenfalls mit dem Sachverständigenplan wie mit der Betreibung des rheinischen Eisenbahnen durch die Alliierten zur Sicherheit und Verfolgung der Besatzungstruppen übereinstimme. Auch die Ausführungsgarantien im Falle von Verkören Deutschlands würden zu erwägen sein.

Hymans fordert weiterhin Einigkeit der alliierten Mächte für den Fall, daß Deutschland sich seinen Verpflichtungen entziehe. Die Art der Feststellung deutscher Verfehle und die gemeinsame Aktion der Alliierten im Rahmen des Versailler Vertrages zu regeln, sei schwierig. Man müsse es in London in völliger Unabhängigkeit und in einer verständlichen Atmosphäre erreichen.

Hymans fügte hinzu, daß das Problem der interalliierten Schulden und der Sicherung in London nicht erörtert würde. Es verheße sich aber von selbst, daß die Reparationsfrage als definitiv gelöst sei und andererseits beherrsche das Sicherungsproblem sämtliche anderen Fragen. Belgien hoffe, daß Großbritannien sich schließlich doch zum Abschluß eines Defensivbündnisses mit Frankreich und Belgien verstehen werde.

Wenn Herr Hymans im Einklang mit dem Sachverständigen-Gutachten die Verwaltung der rheinischen Bahnen durch die Regie beibehalten will, so ist das ein neuer Beweis dafür, wie wenig die Annahme des Dawesplanes durch die Entente-regierungen zu bedeuten hat. Jede einzelne Regierung nimmt das Gutachten nur an, „so wie sie es versteht“, und dabei zeigt sich, daß diese Interpretationen himmelweit von den deutschen abweichen.

Das bayerische Koalitionsprogramm.

Gegen Putsch, für die vaterländische Bewegung.

Das bayerische Koalitionsprogramm wird soeben im Wortlaut veröffentlicht. Danach erklären sich die Fraktionen der Bayerischen Volkspartei, der Deutschen nationalen und des Bayerischen Bauern- und Mittelstandsbundes bereit, die Verantwortung für die gemeinsam zu bildende neue Regierung in Bayern zu übernehmen, und zwar aus der Ueberzeugung heraus, daß die Lebensinteressen des bayerischen Staates dies von ihnen verlangen.

Als erste Aufgabe der neuen Regierung wird die Revolution von 1918 mit allen ihren Auswirkungen und Nachwirkungen durch eine entschiedene nationale Führung der Regierungsgeschäfte zu überwinden sein. Alle Bestrebungen auf Errichtung einer Nebenregierung oder die Erreichung eines illegalen Einflusses auf die Regierungsgeschäfte dürfen nicht gebildet werden.

Putschbestrebungen und gewaltsame Eingriffe in die Staatsverfassung sind, woher sie auch kommen, durch Vorbeugungsmaßnahmen zu verhindern und mit staatlichen Machtmitteln zu unterdrücken. Die Regierung hat die Geschäfte nach vaterländischen Grundsätzen zu führen. Sie hat daher auch die auf die Staatserhaltung und Staatskräftigung gerichteten vaterländischen Bewegungen und Organisationen zu hegen und zu fördern.

Die neue Regierung muß sich verpflichten, eine gesetzmäßige Entwicklung der bayerischen Verfassung durchzuführen.

Deutsches Reich.

— Berlin, den 9. Juli 1924.

Abdankung Hitters. Wie der Bölsche Kurier meldet, teilt Adolf Hitler aus Landsberg mit, daß er die Führung der national-sozialistischen Partei niederlegt und sich auf die Dauer seiner Haft jeder politischen Tätigkeit enthält. Er zieht damit sämtliche von ihm ausgetragenen Vollmachten zurück und bittet, sich nicht auf ihn zu berufen. Hitler bittet insbesondere seine ehemaligen Anhänger, von Versuchen in Landsberg künftighin abzusehen. Der Grund zu diesem Beschluß liegt in der Unmöglichkeit, irgendwelche praktische Verantwortung zu übernehmen sowie in der allgemeinen Arbeitsüberlastung. Hitler schreibt zurzeit an einem umfangreichen Buche und will sich dafür notwendige Freizeit sichern. General Ludendorff hat Herrn Straßer von der ehemaligen National-sozialistischen Arbeiterpartei für die Dauer der Inhaftierung Hitters für die Reichsführerschaft berufen.

Bayerns neue Bevollmächtigte zum Reichsrat. Infolge des Rücktritts der bisherigen Regierung sind Ministerpräsident und Staatsminister des Neuen, Dr. v. Arnim, und der bisherige Staatsminister des Innern, Dr. Schwyher, in ihrer Eigenschaft als Bevollmächtigte Bayerns im Reichsrat ausgeschieden. An ihrer Stelle wurden als Bevollmächtigte Bayerns im Reichsrat gewählt der neuernannte Ministerpräsident und Minister des Auswärtigen Dr. Heß und der nunmehrige Minister des Innern Stipel, ferner ist an Stelle des schon früher ausgeschiedenen Staatsministers für Landwirtschaft, Wuyßhofer, der nunmehrige Staatsminister für Landwirtschaft und Mitglied des Reichstages, Feßl, getreten. Die Vollmachten der übrigen zurückgetretenen aber wieder ernannten Minister sind erneuert worden.